

Wahlprüfsteine des Verbands kinderreicher Familien Hessen

1. Kinderreiche Familien stellen sich mit mehr als drei Kindern einer großartigen Herausforderung, die Lebensfreude, Erfüllung und Sinn stiftet. Dafür brauchen sie aber auch Freiraum und keine einengenden Strukturen. Daher betrachten wir mit großer Sorge die Debatte eines immer verbindlicher werdenden Ganztagschulangebots. Für uns darf es keinen Ganztagesunterricht geben, wobei ein ganztägiges freiwilliges Betreuungsangebot in den Krippen, Kindergärten, Grundschulen und der Unterstufe unerlässlich ist. Die Familien müssen die Wahlfreiheit behalten.

Wie steht ihre Partei zu dieser Forderung?

CDU:

Die CDU Hessen unterstützt ausdrücklich die Auffassung des Verbandes kinderreicher Familien in Bezug auf die Entwicklung der Ganztagsangebote in Hessen. Bei allen Debatten über den Ausbau und den Rahmen der Ganztagsangebote sind für uns die Prinzipien der Wahlfreiheit, der Angebotsvielfalt und der Bedarfsorientierung maßgeblich.

Die vor allem von der SPD geforderte Einführung einer flächendeckend einheitlichen Zwangsganztagschule, bei der sich alle Kinder ohne Rücksicht auf den Elternwillen vom Morgen bis zum Abend an fünf Tagen in der Woche verpflichtend in der Schule aufzuhalten haben, lehnen wir dagegen entschieden ab. Nach unserer Auffassung sollen die Eltern vielmehr eigenständig, freiwillig und ohne staatliche Zwänge darüber entscheiden können, ob ihr Kind halbtags oder ganztags eine Schule besucht.

Dies entspricht dem verbreiteten Wunsch nach passgenauen und den sehr vielfältigen und individuellen Bedürfnissen von Eltern und Schülern entsprechenden Ganztagsangeboten, die regionale und schulspezifische Besonderheiten ebenso berücksichtigen wie flexible Arbeits- und Betreuungszeiten. Ganz im Sinne dieser Grundsätze können Eltern in Hessen im Rahmen mehrerer Ganztagsprofile selbständig eine Entscheidung darüber treffen, ob ihre Kinder an allen fünf Wochentagen über den gesamten Nachmittag hindurch oder lediglich bis zu einer bestimmten Uhrzeit und an bestimmten Tagen am Nachmittag unterrichtet oder betreut werden. Mit dem von Ministerpräsident Volker Bouffier initiierten Pakt für den Nachmittag wurde auf der Grundlage der o.a. Prinzipien durch die CDU vor vier Jahren das größte Ganztagsprogramm in der Geschichte des Landes Hessen initiiert.

Gemeinsam mit den Kommunen wird dabei ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr für alle Eltern, die dies für ihre Grundschulkinder wünschen oder für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf benötigen, sichergestellt. Zu diesem Zweck nimmt das Land Hessen alle Grundschulen auf freiwilliger Basis in das Ganztagsschulprogramm des Landes und stellt an fünf Tagen in der Woche die erforderlichen Ressourcen für den

Zeitraum bis 14.30 Uhr zur Verfügung. Im Gegenzug stellen die Kommunen die Abdeckung des Zeitraums von 14.30 Uhr bis 17.00 Uhr und in den Schulferien sicher. Vorhandene Träger bewährter Betreuungsangebote vor Ort wie Elterninitiativen oder Trägervereine werden in die Konzeption einbezogen. Im Zusammenwirken von Land, Kommunen, Eltern und den bestehenden Initiativen entsteht so eine bedarfsgerechte Bildungs- und Betreuungsgarantie für alle Grundschul Kinder.

Im laufenden Schuljahr 2018/19 nehmen mit 25 Städten und Landkreisen bereits drei Viertel aller hessischen Schulträger mit mehr als 200 Grundschulen am Pakt für den Nachmittag teil.

Nachdem unter der letzten SPD-geführten Landesregierung von 1995 bis 1999 nicht eine einzige Ganztagschule genehmigt worden war und die Anzahl bei 130 stagnierte, verfügen zum Schuljahr 2018/19 bereits 1.152 bzw. 70 Prozent der öffentlichen Schulen über ein Ganztagsangebot. Hierfür stellt die Landesregierung zusätzlich zur Grundunterrichtsversorgung rund 3.000 weitere Stellen zur Verfügung – gegenüber 1.500 Stellen zu Beginn der Legislaturperiode. Diesen eingeschlagenen Weg wollen wir als CDU weiter fortsetzen, um durch einen bedarfsorientierten Ausbau vielfältiger und qualitativ hochwertiger Ganztagsangebote den unterschiedlichen Anliegen und Bedürfnissen von Eltern und Schülern optimal zu entsprechen.

SPD:

Wir wollen den Ausbau echter Ganztagschulen massiv vorantreiben. Nachmittagsangebote mit wenigen Stunden, wie sie die derzeitige schwarz-grüne Landesregierung anbietet, haben diesen Namen nicht verdient. Wir wollen für alle Schülerinnen und Schüler ein Angebot in erreichbarer Nähe sicherstellen. Damit behalten die Familien Wahlfreiheit. Sie können entscheiden, welches Schulangebot für sie das richtige ist. Gleiches gilt für Kindertagesstätten und Krippen. Die Nachfrage nach Ganztagsbetreuung ist hier enorm groß, dem gilt es Rechnung zu tragen. Derzeit beträgt die durchschnittliche Betreuungszeit in Kindertagesstätten in Hessen 7,5 Stunden, 125 000 Kinder werden mehr als 40, 89 000 werden mehr als 45 Stunden/Woche betreut. Wir gehen davon aus, dass der Bedarf an Ganztagsbetreuung eher noch wachsen wird. Aber auch hier ist es die Entscheidung der Eltern, welches Angebot sie wählen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Ganztagsangebote und Ganztagschulen sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Voraussetzung dafür ist, dass Eltern frei wählen können, welches Ganztagsangebot für ihre Familie das passende ist. Wir GRÜNEN setzen daher beim Ausbau von Ganztagsangeboten auf deren Vielfalt. In Hessen können die Eltern zwischen offenen Angeboten, also Schulen mit Ganztagsangeboten in Profil 1 und Profil 2, sowie gebundenen oder teilgebundenen Ganztagschulen mit

rhythmisiertem Tagesablauf in Profil 3 wählen. Mit dem „Pakt für den Nachmittag“ bieten wir außerdem für Grundschulen ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7.30 bis 17.00 Uhr an. Wir GRÜNEN werden auch weiterhin niemandem eine bestimmte Form des Ganztagschulunterrichts vorschreiben, sondern setzen weiter auf „ermöglichen statt verordnen“ und respektieren den Elternwillen. Ebenso setzen wir uns bei der Kinderbetreuung in Krippen und Kitas dafür ein, allen Eltern das Betreuungsangebot zu ermöglichen, das sie für sich und ihre Kinder wünschen.

Die Linke:

Wir wollen den Ausbau von echten, rhythmisiert arbeitenden Ganztagschulen voranbringen. Ganztagschulen können gebunden oder teilgebunden sein, so dass die Wahlfreiheit bleibt. Dazu gehört ein kostenloses Mittagessen ebenso wie eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, der themenübergreifenden Projektarbeit und dem Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung.

Ganztagschulen bedeuten nicht den ganzen Tag Unterricht, Lernphasen wechseln sich ab mit Phasen, in denen Lerninhalte gefestigt werden, mit kreativen, musischen und sportlichen Einheiten, die auch von umliegenden Vereinen angeboten werden können, Kinder werden umfassend gefördert und bekommen viele Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung. Sie bieten die beste Möglichkeit, alle Kinder gleichermaßen zum Schulerfolg zu führen. Gerade Kinder aus sozial oder finanziell schlechter gestellten Familien können hier am intensivsten gefördert werden. Geeignete bauliche Rahmenbedingungen, insbesondere Ruhe- und Arbeitsräume für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sind eine weitere zu schaffende Bedingung für das Gelingen der Ganztagschule.

FDP:

Wir wollen den flächendeckenden bedarfsorientierten und qualitativ hochwertigen Ausbau von Schulen mit Ganztagsangeboten und Ganztagschulen fortführen. Bis zum Jahre 2023 sollen in ganz Hessen die Ganztagsbetreuung bis 17 Uhr an jeder Schule ermöglicht werden. Wir verstehen dies als freiwilliges Angebot, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern und die Kinder zu unterstützen, die zu Hause nicht optimal gefördert werden können. Durch eine qualifizierte Hausaufgabenbetreuung können mangelnde Unterstützungsmöglichkeiten frühzeitig abgemildert und sportliche, musische und künstlerische Aktivitäten wahrgenommen werden. Damit erhöht sich die Chancengerechtigkeit für Kinder. Wir wollen aber auch den Lebensraum Familie geschützt wissen und setzen uns für das Recht der Kinder auf selbstbestimmte Freizeit und Kindsein ein. Hausaufgaben müssen sich zu Lernaufgaben entwickeln, die in der Schule in sog. Lernzeiten erledigt werden können, so dass auch die Kinder, die die Ganztagsangebote nutzen, nach Schulschluss Familien- und Freizeit haben. Dennoch sehen wir Eltern in der Pflicht, ihre Kinder beim Lernen zu begleiten.

AfD:

Die AfD will besonders kinderreiche Familien unterstützen, denn Kinder sind Zukunft und in Anbetracht des demographischen Wandels ist es besonders wichtig, dass junge Familien wieder den Mut zu mehr Kindern bekommen.

Da für Kinder Bindung besonders wichtig ist, unterstützen wir auch die Betreuung zu Hause. Gerade wenn mehrere Kinder da sind, wird zu Hause auch die Bindung der Geschwister untereinander gefördert. Eine Ganztagsbetreuung wird heutzutage allerdings von vielen Alleinerziehenden oder berufstätigen Eltern gefordert. Aber auch wir sind der Meinung, dass dieses Angebot auf jeden Fall freiwillig und qualitativ hochwertig sein muss. Mittelfristig sollte allerdings eine Familie wieder von einem Gehalt leben können, damit die Wahlfreiheit für Eltern leichter fällt.

2. Gerade kinderreiche Familien haben einen hohen Wohnraumbedarf. Aufgrund der Zahl ihrer Kinder sind sie häufiger als kleinere Familien auf den Erwerb von Wohneigentum angewiesen, da Wohnungen ihnen keinen Platz mehr bieten und das Mieten von Wohnraum sich nicht rechnet.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Erwerb von Wohnraum und/oder die Mietsituation insbesondere für kinderreiche Familien zu erleichtern?

CDU:

Es ist das zentrale Ziel der CDU Hessen, dass jeder in Hessen für sich angemessenen und zu seinen Bedürfnissen passenden Wohnraum zu bezahlbaren Preisen finden kann. Dafür ist es erforderlich, vor allem in den Ballungsräumen mehr Wohnraum zu schaffen. Gerade für kinderreiche Familien ist es in den Ballungsräumen häufig schwierig, geeignete größere Wohnungen mit vielen Zimmern zu bezahlbaren Preisen auf dem Mietmarkt zu finden. Daher ist es gerade für sie oft interessant, Wohneigentum zu schaffen. Dabei wollen wir die Familien unterstützen. Die Förderung von Wohneigentum gerade für junge Familien hat für uns hohe Priorität.

Noch immer ist die Eigentümer-Quote in Deutschland und Hessen im internationalen Vergleich relativ niedrig. Dabei bietet gerade die aktuell günstige Zinssituation für breitere Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, Wohneigentum zu erwerben und damit nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zur Altersvorsorge zu leisten. Um in allen Segmenten mehr Wohnungen zu schaffen, werden wir deshalb einen „Masterplan für mehr Eigentum“ auflegen mit dem Ziel, die Wohneigentümer-Quote in Hessen um jährlich 1 Prozent zu steigern.

Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, das Baukindergeld schnell und unbürokratisch einzuführen und damit Familien eine zusätzliche Hilfestellung beim Eigentumserwerb bereitzustellen. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Baukosten wollen wir verbessern. Zudem setzen wir uns

dafür ein, die Eigenheimrente und die Wohnungsbauprämie des Bundes zu stärken.

Auf Landesebene wollen wir Spielräume zur Senkung der Grunderwerbsteuer für Familien nutzen und insbesondere den erstmaligen Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie steuerlich begünstigen und die Bürger bei der Schaffung von Wohneigentum vom Kostenfaktor „Grunderwerbssteuer“ entlasten. Darüber hinaus werden wir die Eigentumsförderung des Landes attraktiver ausgestalten und vor allem das „Hessen-Darlehen“ und das „Hessen-Baudarlehen“ den Marktbedingungen anpassen und ausreichende Finanzmittel dafür bereitstellen. Als weitere Maßnahme werden wir ein Bürgerschaftsprogramm des Landes auflegen, um als Eigenkapitalergänzung für mehr Menschen eine Finanzierung eines Eigentumserwerbs zu ermöglichen. Mehr Familien, die häufig eine Finanzierung stemmen, aber das nötige Eigenkapital nicht ansparen können, sollen so von den günstigen Zinsen profitieren und Eigentum schaffen.

Wir arbeiten ebenfalls intensiv daran, den Mietmarkt in den Ballungsräumen durch die Vergrößerung des Angebots an Mietwohnungen zu entlasten. Mit dem Masterplan Wohnen, der Bereitstellung von rund 1,7 Milliarden Euro Fördermitteln bis 2020, dem Abbau von Investitionshindernissen, Maßnahmen zum Akquirieren von Bauland und einer entschlossenen Förderung der ländlichen Räume verfolgt die CDU-geführte Landesregierung einen umfassenden Plan, um das Angebot an Wohnraum in allen Segmenten zu steigern.

Wir werden die großen Anstrengungen zur Schaffung von sozialem Wohnraum fortsetzen und auch weiterhin Fördermittel in Rekordhöhe von 300 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen und verstärkt Belegungsrechte kaufen, um schnell günstige Mietpreise zu sichern. Uns ist dabei wichtig, dass auch öffentliche geförderte Neubauprojekte einen guten Standard erfüllen.

Reine Sozialwohnungssiedlungen lehnen wir ab und setzen stattdessen ausschließlich auf gemischte Strukturen. Die Ausweisung von Bauland werden wir deutlich beschleunigen, indem wir die Kommunen organisatorisch und finanziell dabei unterstützen, vorhandene Potenziale auch zu nutzen und Bauland zu entwickeln. Wo die Mieten dennoch gerade für Familien zu hoch sind, wollen wir mit dem zielgenauen Instrument des Wohngeldes helfen, damit Familien sich auch steigende Mieten leisten können. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Erhöhung und Dynamisierung des Wohngeldes ein, damit es für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen die Mietbelastung in einem erträglichen Rahmen konstant hält. Schon heute kann ausweislich des Finanzhilfeberichts der Landesregierung die durchschnittliche Mietbelastung von rund 35.000 Haushalten in Hessen durch Bezug von Wohngeld von rund 35 Prozent auf unter 20 Prozent des Haushaltseinkommens gesenkt werden. Wir wollen damit sicherstellen, dass auch bei Mieterhöhungen die prozentuale Belastung des Mieters nicht steigt. Die Situation von kinderreichen Familien muss dabei durch eine angemessene Anrechnung der Kinder in die Einkommensgrenzen noch besser abgebildet werden.

SPD:

Familien sind auf dem Wohnungsmarkt eindeutig benachteiligt. Je mehr Kinder sie haben, umso schwieriger wird es, geeigneten Wohnraum zu finden, der auch noch bezahlbar ist. Die Hessische SPD setzt sich für die Erhaltung von preiswertem Wohnraum in allen Landesteilen ein. Unter CDU-Führung hat sich seit 1999 die Zahl von 180.000 öffentlich geförderten und deswegen günstigeren Mietwohnungen auf 90.000 halbiert. Diese Entwicklung wollen wir umkehren, in dem wir 30.000 zusätzliche Wohnungen für die nächste Legislaturperiode schaffen. Dafür wollen wir 100 Millionen Euro pro Jahr mehr für den Wohnungsbau ausgeben. Das Geld soll größtenteils in Zuschussprogramme für den öffentlich geförderten Wohnungsbau fließen, um eine Bauoffensive zu starten und somit eine schnellere Ausweisung von Baugebieten zu ermöglichen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wohneigentumsförderung:

Mit der Novelle des Wohnraumförderungsgesetzes haben wir in dieser Legislaturperiode eine moderne, zielgerichtete und effiziente Wohnungspolitik eingeläutet. Dazu gehört auch die gleichrangige Förderung von Mietwohnungsbau und Eigentumsförderung. Mit dieser Regelung soll erreicht werden, dass flexibler auf den jeweiligen Bedarf an Wohnraum eingegangen werden kann. Eine Unterstützung ist dann nötig, wenn das Wohnungsangebot nicht angemessen auf dem Wohnungsmarkt vorhanden ist. Diesen Weg halten wir für richtig und werden ihn so weiter gehen.

Ein weiterer Aspekt, um freie Wohnflächen gerade auch für Familien zu aktivieren, ist ein Management für Wohnungstausch. Oft bleiben besonders ältere Menschen in ihren Wohnungen oder Häusern wohnen, auch wenn diese für sie als Einzelperson inzwischen zu groß geworden sind. Wir schlagen vor, Anreize für einen Umzug zu setzen, so dass Familien der freigewordene, größere Wohnraum zur Verfügung steht. Die Nassauische Heimstätte bietet hier bereits entsprechende Programme an, die den Anreiz für einen Umzug erhöhen. Wir wollen diese Angebote entsprechend ausweiten.

Grunderwerbssteuer:

Wir GRÜNE sind grundsätzlich nicht gegen Freibeträge bei der Grunderwerbsteuer, aber wir wollen die Ausnahmetatbestände gezielt regeln und in Grenzen halten. Beispielsweise wäre eine Staffelung der Steuersätze hilfreich, also niedrige Steuersätze für günstige Immobilien und höhere Steuersätze für teure Immobilien. Damit wird auch Familien geholfen, die sich ein kleines Eigenheim anschaffen wollen. Auf Bundesebene ist zu regeln, dass die insbesondere bei großen Immobilientransaktionen üblichen aggressiven Steuervermeidungsstrategien, die sogenannten Share Deals, zur Umgehung der Grunderwerbsteuer abgeschafft werden. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass der Erwerb eines Eigenheims mit Grunderwerbsteuer belastet wird, während die Übertragung von Gewerbeimmobilien oder umfangreichen

Wohnungsbeständen regelmäßig unter Vermeidung der Grunderwerbsteuer gestaltet wird.

Die Linke:

DIE LINKE wollte in der Landesverfassung das Recht auf Wohnraum für alle Menschen verankert wissen, leider haben die anderen Fraktionen dem nicht stattgegeben. Eine bezahlbare Wohnung, die groß genug für die Familie ist, muss von öffentlicher Seite gefördert werden. Wir brauchen pro Jahr 10.000 neue Sozialwohnungen und 2.000 Studierendenwohnungen, die den Druck auf die Mieten verringern. Wir brauchen eine funktionierende Mietpreislösung und wir brauchen kommunale Anstrengungen für barrierefreie, kleine und große Wohnungen. Die Landesregierung muss die Kommunen und die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, kostengünstig Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Haushalte mit Kindern sollen bei der Vergabe besonders berücksichtigt werden, da diese genügend Platz zum Spielen und zum Lernen brauchen.

FDP:

Es ist uns Freien Demokraten sehr wichtig, den Wohnungsbau zu fördern und Familien, insbesondere auch kinderreichen Familien, den Erwerb von Wohneigentum zu ermöglichen. Deshalb wollen wir eine Entlastung bei der Grunderwerbsteuer erreichen. Wir wollen in einem ersten Schritt bei der Grunderwerbsteuer einen einmaligen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für die erste Immobilie der Bemessungsgrundlage für natürliche Personen einführen, denn die Entwicklung der letzten Jahre macht es den Familien aus breiten Bevölkerungsschichten fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag wird für den Erwerb selbstgenutzter Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten. Ziel ist es, den Menschen die Möglichkeit zu bieten, ihren Traum vom eigenen Heim bei gleichzeitiger Altersvorsorge zu verwirklichen. Wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiraum. Die grundsätzliche Überprüfung der Grundsteuerstruktur in unserem Land ist außerdem ein fester Bestandteil unserer Agenda.

AfD:

Hierzu haben wir in Hessen noch keine abschließende Aussage in unserem Programm. Es wäre aber zum Beispiel möglich, ein Familiendarlehen zu fordern (wie die AfD in Thüringen). Wichtige Investitionen wie Mobiliar, Auto, Umzug sind oft schwer finanzierbar. Junge Paare könnten das Darlehen einmalig beantragen. Die zinsfreie Rückzahlung beginnt erst nach einem Zeitraum von fünf Jahren. Der Rückzahlungsbetrag wird für jedes geborene Kind reduziert, wobei max. 4 Kinder berücksichtigt werden. Außerdem unterstützen wir das Baukindergeld.

3. Eltern mit vielen Kindern erfahren berufliche Nachteile, da sie mehr Zeit in ihre Kinder investieren. Gerade Müttern, die nach einer Familienphase wieder in die Erwerbswelt einsteigen wollen, werden häufig keine Chancen gegeben. Andererseits ist die immer häufiger geforderte schnelle vollzeitnahe Doppelerwerbstätigkeit für kinderreiche Familien keine Option. Kinderreiche Familien nehmen vielmehr eine Abwertung ihrer Familienarbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit wahr.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die gesellschaftliche Wertschätzung der Familienarbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit zu steigern und den Wiedereinstieg von Eltern nach einer Familienphase zu erleichtern?

CDU:

Für die CDU Hessen hat Familienarbeit einen hohen Wert. Wir setzen uns für echte Wahlfreiheit der Familien ein. Das bedeutet, ein gutes Betreuungsangebot für Familien, die sich für eine Fremdbetreuung entscheiden, aber ebenso konsequente Wertschätzung, Unterstützung und Anerkennung für Familien, die ihre Kinder in den ersten Jahren zu Hause betreuen möchten.

Als Union haben wir diesen Wert immer zum Mittelpunkt unserer Familienpolitik gemacht und gegen die teilweise polemischen Angriffe der politischen Mitbewerber verteidigt, die gerade Mütter lediglich als Produktionsfaktor im Wirtschaftsbetrieb betrachten und zu Hause erziehenden Familien teilweise mit offener Missachtung begegnen. Gegen den hier propagierten gesellschaftlichen Druck auf die Familien setzen wir uns entschieden zu Wehr. Wir wollen, dass die Familienarbeit, die nach wie vor häufig von Frauen geleistet wird, mehr Anerkennung genießt. Dazu gehört, dass beide Elternteile ihre Arbeitszeit möglichst frei und flexibel einteilen können und zum Beispiel auch Teilzeitarbeit eine höhere gesellschaftliche Anerkennung erfährt.

Das Instrument von Lebensarbeitszeitkonten soll stärker genutzt werden können. Uns ist wichtig, dass auch Familienarbeit eine gute soziale Absicherung sicherstellt. Die Ausweitung der Mütterrente und eine angemessene Berücksichtigung von Erziehungszeiten beim Erwerb von Rentenansprüchen sind dafür wesentlich.

Elterliche Sorge, Liebe und Zuneigung sowie die Erziehungsleistungen von Eltern sind unbezahlbar und nicht finanziell auszugleichen. Rund zwei Drittel der Kinder unter drei Jahren werden überwiegend zu Hause und nicht in Krippen oder durch Tageseltern betreut. Diese Entscheidung der Eltern respektieren und unterstützen wir, was sich nicht zuletzt an vielfältigen Angeboten wie dem Elterngeld, dem Elterngeld Plus, der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag und vielen weiteren Unterstützungsleistungen für Familien zeigt. Auf Bundesebene haben wir die Erhöhung des Kinderzuschlags durchgesetzt. Davon profitieren insbesondere Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Ziel der Einführung des Elterngeldes als „Lohnersatzleistung“ war es, jungen Menschen die Entscheidung für Kinder zu

erleichtern und sicherzustellen, dass nicht finanzielle Sorgen und die Befürchtung individuell sinkender Lebensstandards der Entscheidung für ein Kind im Wege stehen. Diese Herangehensweise hat sich aus unserer Sicht bewährt – rund 1,6 Millionen Eltern nutzen das Elterngeld und erhalten damit eine finanzielle Unterstützung für die geleistete Erziehungsarbeit, die insbesondere in den ersten Lebensjahren von besonderer Wichtigkeit ist. Uns war dabei wichtig, einen Sockelbetrag in Höhe von 300 Euro pro Monat einzuführen, der jedem Elternteil – zusätzlich zu den sonstigen Familienleistungen des Staates – als Elterngeld zur Verfügung steht; also auch Müttern und Vätern, die sich auf keinen oder einen sehr geringen vorherigen Erwerbseinkommen beziehen können. Durch die Einführung des Elterngeld Plus hat die CDU 2015 zudem die Bezugsmöglichkeiten deutlich flexibilisiert. Während wir einen völligen Systembruch beim erfolgreichen Elterngeld ablehnen, sehen wir aber weiteren Verbesserungsbedarf: Unter anderem muss dafür das Elterngeld nach der Geburt eines Geschwisterkindes weiterhin in Bezug auf das zuletzt erzielte Erwerbseinkommen bemessen werden.

Über die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung des Wiedereinstiegs wollen wir der Situation kinderreicher Familien besondere Aufmerksamkeit widmen und gemeinsam mit Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und der Bundesanstalt für Arbeit nach Wegen suchen, nach einer längeren Familienphase Eltern den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern. Hessen fördert darüber hinaus das Netzwerk Wiedereinstieg NeW, das Wiedereinsteigerinnen mit Beratungs-, Qualifizierungs- und Vermittlungsangeboten begleitet. Wir haben derzeit einen Verbund von 8 Trägern in Hessen, die Frauen bei der Rückkehr in den Beruf unterstützen. Die verschiedenen Netzwerkprojekte umfassen neben individueller Beratung, Coaching und Mentoring eine zielorientierte Weiterbildung sowie Stellenvermittlung oder Begleitung bei der Existenzgründung.

SPD:

Es ist die freie Entscheidung der Familien, für welches Modell der Betreuung von Kindern bzw. der Erwerbstätigkeit sie sich entscheiden. Wir wollen alle Formen unterstützen, ob sich nun ein Elternteil ganz um die Kinder kümmert, beide Teilzeit arbeiten oder Vollzeit berufstätig sind. Familienarbeit wird an vielen Stellen nicht genug wertgeschätzt, das ist richtig. Beide Unterzeichner (Torsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender und Gerard Merz, sozialpolitischer Sprecher; Anm. d. Red.) kennen aber die Bedeutung von Familienarbeit aus eigener Erfahrung, beide stammen aus kinderreichen Familien, einer hat jetzt selbst eine Familie mit drei Kindern. Daher können Sie sicher sein, dass uns Wertschätzung für Familienarbeit sehr wichtig ist.

Der Wiedereinstieg nach der Familienphase hängt in erster Linie von einem ausreichenden und qualitativ hochwertigen Betreuungsangebot ab, das auch bezahlbar ist. Daher wollen wir die Krippen und Kindergärten von Anfang an kostenfrei machen. Auf Bundesebene setzt sich die SPD dafür ein, dass für die Grundschulen ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung geschaffen wird.

Das unterstützen wir ausdrücklich. Zu unseren landespolitischen Vorstellungen haben wir unter Punkt 1 schon entsprechende Ausführungen gemacht.

Bündnis ‚90/Die Grünen:

Wir haben bereits viel erreicht für die gute Vereinbarkeit von Pflege, Kinderbetreuung und Karriere. Mit der Reform des Gleichberechtigungsgesetzes ist es uns gelungen, die familienbezogenen Aufgaben wie Kinderbetreuung oder Pflege von Angehörigen im öffentlichen Dienst stärker zu gewichten. Diese familiären Pflichten können nun auch als Qualifikation gewichtet werden, um z.B. Nachteile bei Beförderungen zu kompensieren. Außerdem haben wir uns stark für den Ausbau von Kindertagesstätten gemacht, damit alle Kinder einen Platz finden. Zudem haben wir uns für die Beitragsfreiheit in den Kindergärten eingesetzt, um allen Kindern den Besuch einer Kindertagesstätte zu ermöglichen. Auch in der kommenden Wahlperiode setzen wir uns weiter dafür ein, dass Frauen und Männer die beruflichen und familiären Herausforderungen unter einen Hut bekommen. Dazu gehört auch, dass Erziehungs-, Pflege- und Sorgearbeit gleichberechtigt in der Familie verteilt werden. Mit dem Ausbau einer guten Kinder- und Grundschulbetreuung wollen wir die nötigen Voraussetzungen dafür schaffen. Teilzeitarbeit, gleich aus welchem Grund, darf nicht zum Karrierekiller werden. Wir wollen darüber hinaus die Möglichkeiten von Home-Office und Führen in Teilzeit konsequent ausbauen. Der Wiedereinstieg nach oder während der Familienphase wird so erleichtert. Auf Bundesebene kämpfen wir dafür, dass es eine Verbesserung beim Recht auf Rückkehr in Vollzeit und einen Rechtsanspruch auf vollzeitnahe Teilzeit (80%) gibt. Außerdem unterstützen wir Vorschläge, die Vätermonate schrittweise auszuweiten.

Die Linke:

Für DIE LINKE muss Erziehungs- und Pflegearbeit gesellschaftlich anerkannt und bei der Arbeitszeitgestaltung stärker berücksichtigt werden. Nur dadurch wird eine Umverteilung von Erwerbsarbeit und Sorgearbeit mit dem Ziel einer gerechten Verteilung innerhalb der Gesellschaft und zwischen den Geschlechtern möglich. Um diese gerechtere Verteilung erreichen zu können ist es wichtig, dass gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit gilt und dass gender pay gap abgebaut wird. Hinzukommen muss ein neues Normalarbeitsverhältnis mit einer verkürzten, familiengerechten Wochenarbeitszeit von 30 Stunden bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich. Der Besuch von Kitas muss gebührenfrei und damit für alle Kinder zugänglich sein. Deshalb will DIE LINKE die Kita-Gebühren vollständig abschaffen, auch für die unter Dreijährigen und für die volle Betreuungsdauer statt nur stundenweise. Für die Betreuung und Bildung für Kinder unter drei Jahren müssen mehr Kitas geschaffen werden. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz muss ohne Abstriche verwirklicht werden. Die Personalsituation und die Finanzierung der Kitas müssen sich ändern. Nur wenn das Land den Kommunen mehr Geld für die frühkindliche Bildung zur Verfügung stellt und der Personalschlüssel verbessert

wird, wird es auch wieder mehr Erzieher*innen geben. Auch die Betreuung in den Schulen muss durch eine Ganztagschule und, bis diese ausgebaut sind, durch Schülerhorte garantiert sein.

FDP:

Familien sind eine tragende Säule der Gesellschaft, daher ist es den Freien Demokraten wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familien in ihren Alltagsherausforderungen unterstützen. Wir brauchen in der Gesellschaft eine stärkere Kultur der Akzeptanz und Unterstützung der Familie. Dabei soll jeder selbst entscheiden können, wie er sein Leben gestalten will. Wir setzen uns für die Chancengleichheit von Frauen und Männern ein und möchten, dass jeder die Rahmenbedingungen vorfindet, die er benötigt, um sein Leben nach seinen Vorstellungen zu gestalten, sein Potential zu entfalten und nach seiner Façon glücklich zu werden. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, Familienarbeit wert zu schätzen und zu respektieren. Den Wiedereinstieg von Frauen nach der Elternzeit in den Beruf wollen wir durch Qualifizierungsangebote und Mentoring Programme unterstützen. Darüber hinaus treten wir für flexible Arbeitszeitmodelle ein, die Männer wie Frauen gleichermaßen nutzen können und die von einer Ergebnis- statt einer Präsenzkultur gekennzeichnet sind. Hier gilt es, die Vorteile der Digitalisierung der Arbeit zum Wohl der Familien zu nutzen, wo immer dies von den betrieblichen Abläufen her ermöglicht werden kann.

AfD:

Die AfD Hessen fordert die konsequente Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere Mütter dürfen keine Benachteiligung erfahren, falls sie sich dazu entscheiden, ihre Zeit für drei bis vier Jahre pro Kind in die Kindererziehung zu investieren. Eine gerechte und schnelle Wiedereingliederung in den Beruf muss von den Arbeitgebern als selbstverständlich angesehen werden. Um mehr Familienfreizeit zu garantieren, ist der Ausbau von Betriebskindergärten verstärkt zu fördern. Sinnvoll ist es auch, erwerbsmäßige Arbeit verstärkt von zu Hause zu erledigen, wodurch in ländlichen Regionen zudem Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden können. Die Arbeitszeit muss zugunsten von Familien weiter flexibilisiert werden (z.B. durch Jobsharing). Die AfD Hessen möchte Betriebe und Betriebsverbände, die Familien mit diesen Maßnahmen unterstützen, gezielt fördern. Um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu stärken, fordern wir den Ausbau des Kita-Angebots an hessischen Hochschulen. Zudem setzen wir auf Hilfen und Beratung während Studium und Ausbildung (Kreditgewährung, Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim BAföG), auf die flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs sowie die erleichterte Möglichkeit zum Fernstudium.

4. Die hessische Familienkarte ist bereits ein wichtiges Instrument um die Wertschätzung gegenüber Familien auszudrücken und für mehr Sensibilität bei

Unternehmen und Institutionen für die besonderen Belange von Familien zu werben. Doch die Situation von kinderreichen Familien unterscheidet sich noch einmal deutlich von anderen Familien.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um von Landesseite aus die Wertschätzung gegenüber kinderreichen Familien und Sensibilisierung für ihre Bedürfnisse zu stärken?

CDU:

Wir als CDU werden kinderreiche Familien als eigenständige Zielgruppe familienpolitischer Maßnahmen verstärkt in den Blick nehmen, um ihre besonderen Belange auf allen Ebenen systematisch besser zu berücksichtigen. Insbesondere wollen wir, dass familienpolitische Leistungen stärker als bisher in ihrer Höhe nach der Kinderzahl gestaffelt und insbesondere die ab dem dritten Kind sprunghaft steigenden Kosten besser berücksichtigt werden. 2015 hat die CDU-Landtagsfraktion gemeinsam mit den Parteifreunden aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die Anliegen kinderreicher Familien mit einem eigenen, umfassenden Positionspapier aufgenommen und unsere Forderungen zusammengefasst.

SPD:

Familien, gerade auch Familien mit mehreren Kindern, brauchen vielfältige Unterstützung. Sie brauchen gute, verlässliche Kinderbetreuung. Die Qualität ist dabei von besonderer Bedeutung. Daher setzen wir auf mehr Personal für unsere Kindertagesstätten, damit Eltern ihre Kinder gut betreut wissen und alle Kinder in den Genuss früher Bildungsangebote kommen können. Wir sind der Auffassung, dass es nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf, welche Chancen ein Kind hat.

Wie bereits unter Punkt 2 dargestellt, ist die Wohnraumversorgung ein großes Problem für Familien, gerade für solche mit vielen Kindern. Diesem Punkt werden wir besondere Aufmerksamkeit widmen, hier muss schnell gehandelt werden. Dabei werden wir die besonderen Bedürfnisse von Großfamilien berücksichtigen. Zu begrüßen ist es, dass es auf Bundesebene gelungen ist, mit dem Baukindergeld einen kleinen Beitrag zur Entlastung von Familien zu schaffen.

Wichtig ist uns auch, dass wir in Stadt und Land für gleichwertige Lebensbedingungen sorgen. Der ländliche Raum soll für Familien ebenso attraktiv sein wie die Stadt.

Insgesamt setzen wir an den praktischen Problemen der Familien an: an der Bildung, am Wohnen und an den Lebensbedingungen vor Ort, wozu auch die Mobilität gehört. Auch Eltern sollten ihre Zeit nicht im Stau verbringen, sondern sich ihren Kindern widmen können.

Bündnis 90/Die Grünen:

Wir wollen alle Familien weiterhin gut unterstützen. Dafür haben wir bereits in der vergangenen Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Familien in ihrem Alltag zu unterstützen, sie zu entlasten und ihren spezifischen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Dies waren unter anderem:

- Ausbau, Qualitätssteigerung und Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten
- Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen durch den Pakt für den Nachmittag
- Umsetzung eines Schülertickets für ganz Hessen für 1 Euro am Tag
- Ausbau des ÖPNV, vor allem auch im ländlichen Raum
- Kulturkoffer für Kinder und Jugendliche
- Verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst
- Unterstützung der hessenweiten Familienzentren

wir GRÜNE wollen dabei alle Familienformen im Blick behalten – die alleinerziehende Mutter oder der alleinerziehende Vater ebenso wie kinderreiche Familien. Daher wollen wir noch mehr Kindertagesstätten zu Familienzentren weiterentwickeln, die Betreuungsangebote ausbauen und so eine echte Wahlfreiheit ermöglichen sowie die Beitragsfreiheit für die Betreuung ausweiten, um die Familien noch stärker finanziell zu entlasten.

Die Linke:

Kinder zählen leider in unserer Gesellschaft als Armutsrisiko. Für DIE LINKE ist es wichtig, dass alle Kinder die Förderung und Unterstützung bekommen, die sie brauchen. DIE LINKE hat von der Landesregierung einen Landesaktionsplan gegen Kinderarmut gefordert. Die Landesregierung soll umfassende Maßnahmen gegen Kinderarmut insbesondere in Bezug auf folgende Aufgabenfelder entwickeln:

- **Sicher und gesund zur Welt kommen** Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass für jede Geburt eine Hebamme zur Verfügung steht. Sie soll darüber hinaus den Eltern Unterstützung bei der Geburtsvorbereitung und der Nachsorge anbieten. Alle Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, die Frühen Hilfen in Anspruch zu nehmen.
- **Kitas kostenfrei mit guter Qualität** Die Kindertagesstätten sollen gebührenfrei und personell gut ausgestattet werden. Die Betreuungszeiten müssen eine Vollzeitwerbstätigkeit möglich machen.
- **Ganztagschulen ausbauen** Echte, rhythmisiert und inklusiv arbeitende Ganztagschulen bieten gerade Kindern aus armen Familien einen umfassenden Zugang zu Bildung. Dazu gehört eine lerngerechte Unterrichtsgestaltung in jahrgangsübergreifenden Kleingruppen, themenübergreifende Projektarbeit und Platz für sportliche, musische und kreative Gestaltung.
- **Kostenfreies Mittagessen in den Bildungseinrichtungen** Alle Kinder brauchen ein kostenloses, gesundes und qualitativ hochwertiges Mittagessen in Kitas und Schulen. Auch Ausflüge, Bastelmaterial und Lernmittel müssen kostenfrei zur Verfügung stehen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen.

- **Kostenfreie Schülerbeförderung** Für den Weg in die Bildungseinrichtung dürfen keine Kosten entstehen. Deshalb soll es ein kostenloses Schülerticket für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Wohnort und Entfernung zur Schule geben.
- **Mehr bezahlbare Wohnungen** Mehr bezahlbare Wohnungen sind in Hessen dringend erforderlich. Diese müssen barrierefrei und kindgerecht ausgestattet werden.
- **Kinderrechte und Jugendarbeit stärken** Kinder haben Rechte, sie sollen in ihrem Lebensumfeld mitsprechen können. Jugendverbände brauchen mehr Unterstützung, damit sie Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien ohne Diskriminierung beteiligen können. Freizeiten und Reisen sind für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen kostengünstig anzubieten.
- **Gute Arbeit – keine Minijobs und prekäre Beschäftigung** Kinderarmut ist meistens Elternarmut. Eltern brauchen Beschäftigungsverhältnisse, die sich mit der Familie vereinbaren lassen. Diese müssen allerdings aktuell und in der Rentenzeit existenzsichernd sein.
- **Perspektiven bieten – mehr öffentlich geförderte Beschäftigung schaffen** Arbeitslose Eltern und diejenigen im Sozialleistungsbezug brauchen wirksame Unterstützung, um eine existenzsichernde Beschäftigung zu erhalten, die mit Kindererziehung vereinbar ist.
- **Kindergrundsicherung einführen** Auf Bundesebene muss sich das Land Hessen für eine eigenständige Kindergrundsicherung einsetzen. Für jedes Kind muss mindestens das Existenzminimum vorhanden sein.

FDP:

Kinder sind unsere Zukunft. Dies deutlich zu machen, ist ein permanenter Auftrag, dem wir in unserem politischen Alltag und unseren politischen Handlungen nachkommen. Wertschätzung kann man nicht verordnen, sie muss aus der Mitte der Gesellschaft kommen und gelebt werden. Deshalb verstehen wir das Werben für eine Lebenshaltung, die von Respekt und Wertschätzung gegenüber jedem Lebensentwurf geprägt ist, als tägliche Aufgabe, die unsere liberale Grundhaltung widerspiegelt.

AfD:

Die Alternative für Deutschland sieht in der Rückkehr zu einer positiven Bevölkerungsentwicklung eine ihrer Hauptaufgaben. Keine Einwanderung kann ausgleichen, was wir in unserem Land versäumen. Wir setzen uns für die Verbreitung eines positiven Familienbildes in Politik, Medien und Gesellschaft ein. Kinder sollten nicht länger als karrierehemmender Ballast dargestellt werden. Das Elterngeld ist dringend reformbedürftig, da Doppelverdienerpaare im größeren Umfang gefördert werden als Einverdienerfamilien und Mehrkinderfamilien. Die AfD Hessen ist für die Beibehaltung des Elterngeldes unter der Voraussetzung, dass der Bezugszeitraum deutlich erweitert wird. Zudem soll für ein Folgekind, das innerhalb von drei Jahren nach dem ersten

Kind geboren wird, als Bemessungsgrundlage das Einkommen herangezogen werden, das der Antragsteller vor der Geburt des ersten Kindes erzielt hat. Dies soll auch gelten, wenn innerhalb von 6 Jahren ein drittes Kind geboren wird. Für weitere Kinder soll die Zahlung im Drei-Jahreszeitraum angeglichen werden. Wir setzen uns außerdem für die Einführung des Familiensplittings ein. Familiensplitting bedeutet, dass das gesamte Einkommen einer Familie durch die Anzahl ihrer Mitglieder geteilt wird. Auf die Einzelbeträge wird die Einkommensteuer erhoben und die Beträge werden anschließend addiert. Weil in Deutschland höhere Einkommen ungleich stärker besteuert werden als niedrige, kann es durch das Familiensplitting zu einer erheblichen Steuerersparnis kommen. Ein weiterer wesentlicher Vorteil des Familiensplittings ist, dass ganz gezielt Familien entlastet werden, die tatsächlich Steuern zahlen. Die AfD Hessen setzt sich für die Beibehaltung des Ehegattensplittings neben dem Familiensplitting ein (Schutz kinderloser Ehepaare und von Ehepaaren, deren Kinder erwachsen sind).

5. Die Kostenstrukturen und Zugänge von Kindern und Jugendlichen zu Bildung, Verkehr und Kultur sind selten auf kinderreiche Familien abgestimmt. Eintrittspreise, Kursbeiträge und Fahrkarten berücksichtigen selten mehr als zwei Kinder oder ignorieren Familien im Gegensatz zu Senioren oder Studenten völlig.

Welche Einwirkungsmöglichkeiten sieht Ihre Partei auf die familienfreundliche Kosten-, Beitrags- und Preisgestaltung von Bildungs-, Verkehrs- und Kulturangeboten?

CDU:

In allen landeseigenen Einrichtungen, für die Eintrittspreise zu zahlen sind, werden wir (wenn nicht schon geschehen) Familienkarten einführen, bei denen die Kinderzahl nicht begrenzt ist. Wo das Land keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten hat, werden wir den Dialog suchen, um für die besondere Situation kinderreicher Familien zu sensibilisieren. Bei den Verkehrsverbänden werden wir uns für Familienfahrkarten einsetzen. Die Kommunen sollten ermutigt werden, soweit sie Gebühren für Kindertagesstätten und andere örtliche

Familienangebote erheben, diese möglichst nach der Kinderzahl der Familie zu staffeln. Auch bei den Trägern öffentlich geförderter Schwimmbäder und Freizeiteinrichtungen setzen wir uns dafür ein, Familieneintrittskarten einzuführen, die nicht die Zahl der Kinder beschränken.

SPD:

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür sorgen, dass auf kommunaler Ebene Vergünstigungen bei kulturellen, Bildungs- und Verkehrsangeboten nicht auf eine bestimmte Kinderzahl begrenzt werden. Das

ist ungerecht, ein Kind in einer großen Familie muss uns genauso viel Wert sein wie ein Einzelkind.

Bündnis 90/Die Grünen:

Mit dem Schülerticket für ganz Hessen haben wir GRÜNE bereits in der aktuellen Legislaturperiode ein überzeugendes Angebot für günstige Fahrkarten vorgelegt. Mit dem Schülerticket können alle Schüler*innen und Auszubildenden hessenweit den ÖPNV nutzen, und das nur für einen Euro am Tag. Mit unserem Vorschlag für das Seniorenticket wollen wir Schritt für Schritt unsere Vision eines hessenweiten Bürger*tickets ermöglichen, was auch kinderreichen Familien zugutekommt. Auch im kulturellen Bereich ermöglichen wir mit dem Kulturkoffer einen niedrighschwelligigen Zugang zum kulturellen Angebot für Kinder und Jugendliche. Dies wollen wir mit dem Hessen-Pass ausweiten. Die Preisgestaltung in den kommunalen Einrichtungen, wie Schwimmbäder und Stadtbibliotheken unterliegt allerdings den Gemeinden, hier haben wir auf Landesebene keinen Einfluss.

Die Linke:

Bildung soll für alle gebührenfrei sein. In der hessischen Verfassung ist die Lernmittelfreiheit verankert, das sollte aber auch für Ausflüge, Übungshefte, Kopien, etc. gelten. Jeder sollte unabhängig vom Geldbeutel mobil sein können. Deshalb fordert DIE LINKE den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gerade im ländlichen Raum. Wir wollen einen gut ausgestatteten und kostenfreien Nahverkehr, der mit Steuern, Abgaben und Umlagen finanziert werden soll. Das Schülerticket sollte jetzt schon auf alle Schüler*innen ausgedehnt werden, unabhängig davon, wie weit die Schule entfernt ist. Weiterhin fordert DIE LINKE eine Teilhabekarte, diese würde Familien mit niedrigen Gesamteinkommen ermöglichen an dem gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Zum Zugang zu Kunst und Kultur gehören aber auch Fähigkeiten und Kenntnisse, um sich diese eigenständig und schöpferisch aneignen zu können. Deshalb will DIE LINKE die kulturelle Bildung ganz besonders für Kinder und Jugendliche ausbauen. Das Landesprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) soll erweitert werden, bis tatsächlich jedem Kind das Angebot gemacht werden kann. Der Eintritt in die Landesmuseen muss für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen kann.

FDP:

Die Preisgestaltung von Bildungs-, Verkehrs- und Kulturangeboten obliegt in den meisten Fällen den jeweiligen Unternehmen, Trägern oder Kommunen. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb insbesondere in den jeweiligen kommunalen Gremien dafür ein, dass es für Kinder und Jugendliche Vergünstigungen gibt. Darüber hinaus sollen die Bildungs- und Teilhabegutscheine hier Abhilfe verschaffen.

AfD:

Die Kosten für den öffentlichen Nahverkehr belasten oft gerade größere Familien. Wir wollen Familien in dieser Situation gezielt unterstützen, indem wir die Einführung eines vergünstigten Schüler –und Ausbildungstickets fordern. Größere Familien müssen auch bei Eintrittspreisen bei Bildungs – und Kulturangeboten besonders bevorzugt werden.

6. In den Schulbüchern werden vor allem Alleinerziehende, Patchworkfamilien und Regenbogenfamilien als Zeichen einer wachsenden Familienvielfalt behandelt. Kinderreiche Familien, ihre Leistungen, Sorgen und ihre noch immer große Verbreitung finden im Unterricht kaum Raum. Daher sollten auch kinderreiche Familien verstärkt als Teil moderner Familienvielfalt im Unterricht behandelt werden.

Wie steht Ihre Partei zu dieser Forderung?

CDU:

Wir setzen uns politisch dafür ein, gesellschaftspolitischen Stereotypen gegenüber kinderreichen Familien aktiv entgegenzuwirken. Die begrüßenswerte Lebensform „Mehrkindfamilie“ als Teil der gesellschaftlichen Vielfalt sollte auch an den Schulen entsprechend positive Berücksichtigung finden. Vorbehaltlich bestehender rechtlicher Einschränkungen befürwortet die CDU Hessen grundsätzlich eine sachadäquate Berücksichtigung der Situation und spezifischen Fragestellungen von kinderreichen Familien in den Unterrichts- und Lehrmaterialien an den hessischen Schulen. Zudem ist der Lebensform „Mehrkindfamilie“ ein größerer Stellenwert in den familienpolitischen Veröffentlichungen der Länder und des Bundes einzuräumen.

SPD:

Für uns ist Familie da, wo man über Generationen hinweg füreinander Verantwortung übernimmt. Da spielt weder die Größe der Familie eine Rolle, noch die Frage, ob die Eltern miteinander verheiratet sind oder nicht, ob es eine so genannte Patchwork-Familie ist oder ob zwei Frauen oder zwei Männer sich um die Kinder kümmern. Die weit überwiegende Zahl von Kindern wächst in Deutschland bei ihren miteinander verheirateten Eltern auf. Die Zahl ist zwar rückläufig, liegt aber immer noch bei knapp 70%.

Ihre Beobachtung, dass in Schulbüchern die anderen Familienformen zu sehr in den Vordergrund rücken, können wir nicht teilen. Wir möchten auch keine Familienform gegen die andere ausspielen. Für uns sind sie alle wichtig, denn alle leisten einen Beitrag zum sozialen Miteinander und übernehmen

Verantwortung. Wir werden darauf achten, dass bei der abgebildeten Vielfalt in Schulbüchern auch die kinderreichen Familien berücksichtigt werden.

Bündnis 90/Die Grünen:

Schulbücher sollen die gesellschaftliche Wirklichkeit widerspiegeln. Dazu gehört die ganze Vielfalt der Familien, wie sie in der Frage beschrieben wurde und selbstverständlich gehören auch kinderreiche Familien dazu. Ausgrenzung und Diskriminierung haben in Schulbüchern nichts zu suchen. Wir wollen Lehrmaterialien gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen auf eventuell vorhandene Benachteiligung oder Diskriminierungen hin analysieren, den Verlagen entsprechende Hinweise geben und bei der Zulassung verstärkt auf die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Wirklichkeit achten.

Die Linke:

In Schulbüchern und in Unterrichtsinhalten soll die Vielfalt der Lebensverhältnisse dargestellt werden, damit Kinder sich nicht diskriminiert und ausgegrenzt fühlen und ihnen für ihr eigenes Leben eine Wahlfreiheit eröffnet wird. Deshalb sollten alle Formen des familiären Lebens präsentiert werden. Selbstverständlich gilt dies auch für kinderreiche Familien.

FDP:

Wir sehen derzeit keinen konkreten Änderungsbedarf, sind aber der Überzeugung, dass dieses Thema im Dialog mit den beteiligten gesellschaftlichen Gruppen erörtert werden sollte. Ggf. können in diesem Rahmen Änderungsvorschläge erarbeitet werden. Kinderreiche Familien waren und sind nach unserer Auffassung ein ganz selbstverständlicher Teil aller Familien, der unserer besonderen Unterstützung bedarf.

AfD:

Die Familienpolitik der Altparteien ist gescheitert. Dies zeigt sich insbesondere an der demographischen Entwicklung. Mit durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau gehört das Geburtenniveau in Deutschland seit vielen Jahren zum niedrigsten weltweit. Der Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft muss wieder in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt werden. „Mut zu Familie“ heißt, dass Familien mit 3 und mehr Kindern massiv gefördert werden. In die Köpfe der Menschen in Deutschland muss das Bewusstsein zurückkehren, dass Familie viel mehr ist als eine bloße kostenintensive, juristische und wirtschaftliche Einheit. Sie ist eine einzigartige Gemeinschaft der Fürsorge, Liebe und Solidarität, Schule der Menschlichkeit und Fundament unserer Gesellschaft und Kultur. Familien zu fördern, heißt die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern. Wir halten am Leitbild der traditionellen Familie fest. In der Ehe mit Kindern drückt sich die natürliche Gemeinschaft der Familie aus. Wir setzen uns daher für eine gezielte gesellschaftliche Aufwertung des Erfolgsmodells Familie und der Rolle der Mutter ein. Alle, die Verantwortung für Kinder tragen, müssen die notwendige Unterstützung erhalten. Kostenloser

Kindergartenbesuch, steuerliche Entlastung von Familien und erhöhter Schutz ungeborenen Lebens müssen Bestandteil einer aktiven Bevölkerungspolitik sein. Planbarkeit, Sicherheit und Bestandskraft sind für Familien unerlässlich. Junge Familien haben nur dann die Kraft und die Zeit, sich für (mehrere) Kinder zu entscheiden, wenn sie finanziell abgesichert sind. Hier liegt es im Verantwortungsbereich der Politik, kinder- und familienfreundliche Strukturen zu schaffen und gerade hier bedarf es zahlreicher sozial-, steuer- und rentenrechtlicher Korrekturen. Wir möchten Alternativen zur bisherigen Familienpolitik der Altparteien aufzeigen und letztlich eine Kehrtwendung in der Familienpolitik Deutschlands durchsetzen.